



AGR

Arbeitsgemeinschaft
für Religionsfreiheit

Medienmitteilung

Interpellationen zur Menschenrechtslage in Indien und Pakistan eingereicht

Handel nicht auf Kosten von Menschenrechten

Mit Indien verhandelt die Schweiz über ein Freihandelsabkommen, während gleichzeitig die Gewalt gegen religiöse Minderheiten im Land zunimmt. Mit Pakistan besteht ebenfalls ein reger bilateraler Handel, während dort eine Gesetzesverschärfung der Verfolgung religiöser Minderheiten Vorschub leistet. Die Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz SEA-RES hat Bundesparlamentarier auf diese Situationen aufmerksam gemacht. Diese wollen nun vom Bundesrat wissen, wie diese Menschenrechtsverletzungen mit den jeweiligen Handelspartnerschaften vereinbar sind.

Zürich, 29. September 2023 (db) – In den letzten Monaten ist im indischen Bundesstaat Manipur im Nordosten des Landes die Gewalt zwischen einer mehrheitlich christlichen und einer mehrheitlich hinduistischen Volksgruppe eskaliert. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat die Entscheidung der pro-hinduistischen Regierung, den Hindus auf Kosten der Christen mehr Land und weitere Vorteile zuzuteilen. Neben Schäden an zahlreichen Kirchen und Wohnhäusern von Christinnen und Christen forderte der Konflikt mindestens 180 Todesopfer, zudem sind 70'000 Menschen nach wie vor auf der Flucht. Im Bundesstaat Haryana waren derweil Muslime, ihre Häuser und Geschäfte im Fokus von Gewalttättern.

In der pakistanischen Stadt Jaranwala kam es ebenfalls zu Angriffen auf christliche Ziele – als Begründung dient häufig angebliche Gotteslästerung. Pakistan hat sein von der internationalen Gemeinschaft seit Jahren kritisierendes Blasphemie-Gesetz kürzlich sogar noch verschärft. Dadurch dürfte der Vorwurf der Gotteslästerung künftig vermehrt genutzt werden, um gegen religiöse Minderheiten vorzugehen.

Die Schweiz muss Bedingungen stellen

In beiden Ländern nimmt die religiöse Verfolgung zu. Gleichzeitig unterhält die Schweiz mit beiden Ländern Handelsbeziehungen. Mit zwei Interpellationen wollen die Nationalräte [Andreas Gafner \(EDU\)](#) und [Marc Jost \(EVP\)](#) vom Bundesrat wissen, inwiefern sich die Menschenrechtsverletzungen auf die Handelspartnerschaften mit diesen Ländern auswirken.

Unter anderem stellen die Interpellanten die Fragen, inwiefern die Schweiz im Dialog mit Indien und Pakistan die Gewaltausbrüche bzw. das problematische Blasphemie-Gesetz thematisiert und welche Rolle die Einhaltung der Menschenrechte in den Wirtschaftsabkommen mit Pakistan bzw. in einem möglichen Freihandelsabkommen mit Indien spielt.

Philippe Fonjallaz, Präsident der Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit, erklärt: «Die Stärkung von Wirtschaftsabkommen sollte nicht auf Kosten der Menschenrechte und, im Falle von Indien und Pakistan, auf Kosten der Verfolgung religiöser Minderheiten erfolgen. In beiden Ländern sind Christen einer extremen und gewalttätigen Verfolgung ausgesetzt. Die Schweizer Regierung hat die Pflicht, verbindliche Bedingungen zu stellen, die von diesen Regierungen den Schutz religiöser Minderheiten verlangen.»

Für weitere Informationen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Linus Pfister, Vizepräsident Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit AGR, Tel. 079 729 61 65,
linus.pfister@hmk-aem.ch

Michael Mutzner, wissenschaftlicher Mitarbeiter «Christian Public Affairs», Tel. 079 938 84 28,
michael.mutzner@christian-public-affairs.org

Die SEA-Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit (AGR) setzt sich aus den Organisationen Open Doors (OD), Hilfe für Mensch und Kirche (HMK), Christliche Ostmission (COM), Christian Solidarity International (CSI) Schweiz, Aktion für verfolgte Christen (AVC), Licht im Osten (LIO) und Osteuropa Mission Schweiz (OEM) zusammen. Das Ziel der AGR ist die Sensibilisierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit für Verfolgung und Diskriminierung aus religiösen Gründen. Sie ermutigt insbesondere die Kirche zum Zeugnis und zur Unterstützung der Christen in ihren jeweiligen Ländern, damit sie durch christliche Werte wie Liebe und Vergebung für den Frieden einstehen können.

Die Schweizerische Evangelische Allianz SEA ist eine Bewegung von Christinnen und Christen aus reformierten Landeskirchen, Freikirchen und christlichen Organisationen. In der Romandie tritt der französischsprachige Teil der Evangelischen Allianz als «Réseau évangélique suisse» RES auf. Die SEA besteht gesamtschweizerisch zurzeit aus 83 Sektionen mit rund 670 Gemeinden und 250 christlichen Werken. Die Basis der SEA wird auf 250'000 Personen geschätzt. Die SEA ist eine von weltweit 143 Evangelischen Allianzen mit schätzungsweise 600 Millionen Gleichgesinnten.

Co-Präsident SEA(-RES) (Deutschschweiz): Beat Ungricht, Winterthur, 078 717 88 27, bungricht@each.ch
Co-Präsident (SEA-)RES (Westschweiz): Jean-Luc Ziehli, Lausanne, 079 213 30 73, jl.ziehli@evangelique.ch
Co-Generalsekretärin SEA (Deutschschweiz): Viviane Krucker-Baud, Zürich, 078 226 63 35, vkrucker-baud@each.ch
Co-Generalsekretär SEA (Deutschschweiz): Andi Bachmann-Roth, Zürich, 043 344 72 05, abachmann-roth@each.ch
Direktor RES (Westschweiz): Christian Kuhn, Bellerive, 079 343 59 86, c.kuhn@evangelique.ch
Kommunikation SEA (Deutschschweiz): Daniela Baumann, Zürich, 043 366 60 82, dbaumann@each.ch